

47 Prozent leben vom Staat

Erstmals enthüllen Zahlen, wie viele Flüchtlinge auf Steuergeld angewiesen sind. Nur knapp jeder zweite Zuwanderer-Haushalt ist selbsterhaltungsfähig, kommt also ohne Sozialhilfe aus.

Die von der Statistik Austria im Auftrag des Integrationsministeriums ausgewerteten Daten zeigen ein deutliches Bild. Untersucht wurde die Selbsterhaltungsfähigkeit – also das Auskommen ohne Sozialleistungen durch Arbeit, Pension, Arbeitslosen- oder Krankengeld – von Familien aus diesen Top-6-Herkunftsnationen: Syrien, Afghanistan, Irak, Iran, Tschetschenien (Russische Föderation) und Somalia.

Integrationsversagen seit großer Flüchtlingswelle

Die zusätzlich fließende Familienbeihilfe, die bei Großfamilien eine beträchtliche Summe ausmachen kann, wurde bei dieser Auswertung gar nicht berücksichtigt. Die Zahlen werfen auch ein düsteres Licht auf das Integrationsversagen der diversen Regierungen seit der großen Flüchtlingswelle 2015. Demnach kann fast jeder



Foto: Richtsteiger - stock.adobe.com

Viele Flüchtlinge können ohne Sozialleistungen nicht leben

zweite der 103.000 Haushalte mit mindestens einem anerkannten Flüchtling, subsidiär Schutzberechtigten oder Asylwerber aus diesen Ländern (47 Prozent) seinen Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten. Im Brennpunkt Wien sind es sogar 75 Prozent. Nur jeder Vierte

kommt also ohne Mindestsicherung & Co. aus. Zum Vergleich: Bei österreichischen Haushalten ohne zugewanderte Personen sind in den Bundesländern zwischen 90 und 93 Prozent selbsterhaltungsfähig. Ausreißer auch hier Wien mit nur 86 Prozent.

Für ÖVP-Integrationsministerin Claudia Bauer ist klar: „Unser Sozialstaat soll Menschen dabei unterstützen, möglichst rasch auf eigenen Beinen zu stehen. Es darf niemals attraktiver sein, dauerhaft von Sozialleistungen zu leben, als durch eigene Arbeit für sich und seine Familie zu sorgen.“ Wer seinen Beitrag zur Integration nicht leisten wolle, müsse künftig mit spürbaren Kürzungen bei Unterstützungen mit Steuergeld rechnen.

Dass behördliche Härte wirkt, zeigt Wien als Migrantenmagnet. Denn laut AMS-Zahlen sank die Arbeitslosigkeit nach Streichung der Mindestsicherung für subsidiär Schutzberechtigte plötzlich um mehr als ein Drittel. Im Umkehrschluss bedeutet das: Hier geduldete Flüchtlinge finden – so sie auch wollen – sehr wohl trotz angespannter Wirtschaftslage einen Job.

Christoph Budin